

Zu 1. Und 2.

Viele Firmen fürchten die bürokratischen Barrieren für Fördermittel. Auch wird Bevormundung und Drangsalierung befürchtet. Die zuständigen Behörden haben bei vielen Firmen einen schlechten Ruf. Wir empfehlen die Gründung einer staatlichen Zeitarbeitsfirma des Landes Berlin. Diese staatliche Firma soll Behinderte ausbilden und an private Firmen übergeben.

Zu 3.

Berlin hat viele Sozialarbeiter die Migranten helfen müssen Steuergelder abzukassieren. Diese Sozialarbeiter können schnell in die Heilerziehungspflege umgeschult werden. Statt Steuergelder zu verschwenden, sind sie dann nützliche Helfer für Behinderte.

Zu 4.

Auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention gibt es den § 104 des SGB IX das Wunsch- und Wahlrecht für Behinderte. Sollte dies in Berlin noch nicht angewendet werden, werden wir es anwenden.

Zu 5.

Die Berliner Verwaltung ist übermäßig mit Frauen besetzt. Diese Frauen haben einen hohen Krankenstand. Dies ist eine Folge der Genderideologie. Eine bedarfsgerechte Personalpolitik wird der erste Schritt zur Beschleunigung sein. Der zweite Schritt wird durch den Einsatz von KI gegangen werden.

Zu 6.

Die sozialen Organisationen müssen einen Dachverband gründen. Der Dachverband gründet ein zentrales Büro. Das Büro übernimmt diese Aufgaben. Förderanträge und Abrechnungen wurden umfangreich ausgebaut, weil es in der Vergangenheit Korruptionsfälle und Betrug gab.

Zu 7.

Die vorhandenen Wohnungen öffentlicher Wohnungsunternehmen müssen bedarfsgerechter vergeben werden. Wir werden zusätzliche Finanzmittel in den Sozialwohnungsbau geben.

Zu 8.

Durch das digitale Mietenkataster kann Mietwucher mit dem INTERNET gemeldet werden. Das Problem ist hier nicht die Mietpreisbremse, sondern die mangelnde Kenntnis der Opfer von Mietwucher und rechtswidrigen Kündigungen. Hier sind die Sozialverbände gefordert mehr Aufklärungsarbeit zu leisten.

Zu 9.

Die Berliner INTERNETSEITE berlin.de umzugestalten, ist mit KI in wenigen Stunden möglich. Die Ursache für die sprachliche Benachteiligung der Behinderten ist die Gendersprache und das sogenannte Denglisch. Gendersprache und Denglisch müssen im INTERNET und bei Informationen durch Behörden verboten werden.

Zu 10.

Durch die Erhaltung der Bürgerbüros wird analoges Handeln weiter ermöglicht.

Zu 11.

In Berlin gibt es rund 150 Inklusionstaxis. Die Modellrechnung für Berlin fordert rund 250 Inklusionstaxis. Durch eine öffentliche Fördermaßnahme könnten die Zahl von 250 Inklusionstaxis erreicht werden.

Zu 12.

In schätzungsweise 15 Jahren wird dieses Ziel erreicht werden.

Zu 13.

Berlin hat viele Sozialarbeiter die Migranten helfen müssen Steuergelder abzukassieren. Diese Sozialarbeiter können schnell in die Heilerziehungspflege umgeschult werden. Statt Steuergelder zu verschwenden, sind sie dann nützliche Helfer.

Zu 14.

Eine gründliche Reorganisation der Schulen und des Unterrichts ist notwendig um die Benachteiligung von behinderten Schülern zu beenden. Unser Ziel ist, daß alle Schüler die Chance bekommen, einen Abschluß zu machen.